

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

231. Sitzung

Berlin, Freitag, den 3. Juli 2009

Inhalt:

Ablauf der Fragestunde	26097 A
Weitere Plenarsitzungen in der 16. Legislaturperiode	26097 B
Begrüßung des Parlamentspräsidenten der Republik Finnland, Herrn Sauli Niinistö	26111 A

Tagesordnungspunkt 64:

– Zweite und dritte Beratung des von den Fraktionen der CDU/CSU und der SPD eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung (Steuerhinterziehungsbekämpfungsgesetz) (Drucksachen 16/12852, 16/13666)	26097 B
– Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung (Steuerhinterziehungsbekämpfungsgesetz) (Drucksachen 16/13106, 16/13666)	26097 B
Lothar Binding (Heidelberg) (SPD)	26097 D
Dr. Volker Wissing (FDP)	26100 A
Eduard Oswald (CDU/CSU)	26101 D
Dr. Barbara Höll (DIE LINKE)	26103 C
Christine Scheel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	26105 B
Peer Steinbrück, Bundesminister BMF	26106 D
Frank Schäffler (FDP)	26108 D
Manfred Kolbe (CDU/CSU)	26109 B
Otto Bernhardt (CDU/CSU)	26114 B

Tagesordnungspunkt 65:

Große Anfrage der Abgeordneten Gisela Piltz, Dr. Max Stadler, Jens Ackermann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP: Achtung der Grundrechte (Drucksachen 16/7271, 16/10469)	26113 A
Gisela Piltz (FDP)	26113 A
Dr. Jürgen Gehb (CDU/CSU)	26115 A
Petra Pau (DIE LINKE)	26117 B
Dr. Carl-Christian Dressel (SPD)	26119 B
Jerzy Montag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	26120 D
Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU)	26122 C
Dr. Max Stadler (FDP)	26124 A
Christoph Strässer (SPD)	26125 A
Jörg Tauss (fraktionslos)	26126 C
Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) (CDU/CSU)	26127 A
Daniela Raab (CDU/CSU)	26128 A
Dr. Max Stadler (FDP)	26129 B
Daniela Raab (CDU/CSU)	26129 D
Alfred Hartenbach, Parl. Staatssekretär BMJ	26130 B

Tagesordnungspunkt 66:

- a) – Zweite und dritte Beratung des von den Fraktionen der CDU/CSU und der SPD eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Fortentwicklung der**

Frank Schäffler

- (A) (Beifall bei der FDP – Florian Pronold [SPD]: Steuerhinterziehung gehört nicht zu den europäischen Grundfreiheiten!)

Zweitens. Sie behandeln die Menschen in diesem Land so, wie Sie es anderen vorwerfen. Der Bundesfinanzhof hat Ihnen mitgeteilt, dass Sie in Deutschland in dieser Legislaturperiode jede zehnte seiner Entscheidungen zum Nachteil der Finanzverwaltung nicht auf die Allgemeinheit angewandt haben. Sie beklagen sich über die Steuermoral der Bürger, setzen aber selbst **höchststrichterliche Urteile** in Deutschland nicht allgemein um. Sie sind selbst der Brandstifter in diesem Verfahren. Deshalb hat Hoffmann von Fallersleben recht, wenn er sagt:

Oh, sage mir, wie heißt das Tier, das vieles kann vertragen, das wohl den größten Rachen hat und auch den größten Magen? Es heißt Haifisch auf dem Meer und Fiskus auf dem Lande.

(Christian Lange [Backnang] [SPD]: Das reimt sich aber gar nicht! – Weiterer Zuruf von der SPD: Das ist ja unglaublich!)

Sie sind als Regierung nicht auf Augenhöhe mit dem Bürger, und das beklagen wir. Wir wollen, dass Sie dem **Bürger auf Augenhöhe** begegnen. Der Bürger ist nicht Bittsteller, und Sie sind nicht der König dieses Landes.

(Beifall bei der FDP – Florian Pronold [SPD]: Sie leisten geistige Beihilfe für Steuerhinterziehung!)

- (B) Deshalb ist es wichtig, in Deutschland eine faire Steuergesetzgebung zu haben, bei der den Menschen auf Augenhöhe begegnet wird.

(Ortwin Runde [SPD]: Aber auch auf Augenhöhe muss man die Augen aufmachen!)

Die Rollenverteilung zwischen Staat und Bürger sollte so sein, dass der Bürger am Ende als freier Mensch und nicht als Knecht dasteht.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP – Florian Pronold [SPD]: Das wars? Ein Tiefpunkt parlamentarischer Redekunst!)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Ich erteile das Wort dem Kollegen Manfred Kolbe für CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Manfred Kolbe (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Koalition – damit auch die Union – setzt mit diesem Gesetz ein weiteres Zeichen im Kampf gegen die Steuerhinterziehung. Ich sage es für die Union noch einmal ganz klar: Steuerhinterziehung ist kein Kavaliersdelikt, und wer Steuern hinterzieht, schädigt die Gemeinschaft.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

(C) Lieber Kollege Lothar Binding, Du warst Mitberichter-erstatte und hast beklagt, dass das alles ein bisschen zu spät gekommen ist. Dazu kann ich nur sagen, dass die Union erst seit 2005 wieder mitregiert; sonst wäre das vielleicht anders gewesen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD – Florian Pronold [SPD]: Herr Kolbe, da müssen Sie ja selber lachen!)

Außerdem stellen wir derzeit noch nicht den Bundesfinanzminister, aber auch das kann ja noch werden. Aber jetzt zur Sache:

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD – Florian Pronold [SPD]: Ja?)

Die Große Koalition – da werden Sie mir zustimmen – war im Kampf gegen die Steuerhinterziehung so erfolgreich wie nur wenige Regierungen zuvor. Wir haben in vier Jahren deutlich mehr auf den Weg gebracht als etwa die rot-grüne Vorgängerregierung in acht Jahren.

Ich möchte das noch einmal kurz zusammenfassen: Wir haben das Strafrecht verfassungsfest gemacht. Wir haben den sehr umstrittenen § 370 a **Abgabenordnung** abgeschafft und den § 370 Abgabenordnung mit seinen Qualifizierungen in Abs. 3 neu gefasst. Damit fällt die bandenmäßige Hinterziehung von Umsatz- und Verbrauchsteuern jetzt erstmals unter einen qualifizierten Straftatbestand.

(D) Wir haben mit dem Gesetz zur Neuregelung der **Telekommunikationsüberwachung** erstmals einen Steuerhinterziehungstatbestand, nämlich die bandenmäßige Hinterziehung von Umsatz- und Verbrauchsteuern, in den Katalog des § 100 a StPO aufgenommen und damit die Telekommunikationsüberwachung auch bei schwersten Steuerhinterziehungsdelikten ermöglicht. Wir haben mit dem Jahressteuergesetz 2009 die **Verjährungsfrist** für besonders schwere Fälle der Steuerhinterziehung auf 10 Jahre erhöht.

Zu begrüßen ist auch, dass der Bundesgerichtshof grundlegende Ausführungen zur **Strafzumessung** bei der Steuerhinterziehung gemacht hat. Denn das Problem bei der Steuerhinterziehung ist nicht unbedingt die Höchststrafe von 10 Jahren – diese halten wir für ausreichend –, aber bei dem einen oder anderen Urteil hatte man den Eindruck, dass der Strafraum nicht ganz ausgeschöpft war. Hier hat der Bundesgerichtshof jetzt Wegweisendes gesagt: Ab einem Steuerschaden von 50 000 Euro ist eine Freiheitsstrafe möglich, ab 100 000 Euro mehr oder weniger unerlässlich – sie kann allerdings bei Ersttätern noch zur Bewährung ausgesetzt werden –, und ab etwa 1 Million Euro ist eine Freiheitsstrafe, die nicht zur Bewährung ausgesetzt werden kann, grundsätzlich unerlässlich. Wer Steuern in Millionenhöhe hinterzieht, wandert jetzt also tatsächlich ins Gefängnis, und das ist auch richtig so.

Schließlich haben wir im Mai dieses Jahres den Koalitionsantrag „Steuerhinterziehung bekämpfen“ beschlossen, der eine Vielzahl von weiteren zu ergreifenden Maßnahmen enthält. Insbesondere soll die EU-

Manfred Kolbe

- (A) Zinsrichtlinie überarbeitet und ein verbesserter **Informationsaustausch auf internationaler Ebene** ermöglicht werden.

Besonders im internationalen Bereich sind wir deutlich weitergekommen. Wir streben einen Informationsaustausch mit allen Staaten dieser Welt nach Art. 26 des OECD-Musterabkommens an. Wir sind diesbezüglich weitergekommen, befinden uns in guten Verhandlungen und haben die Hoffnung, dass der Informationsaustausch bald umfassend möglich sein wird. Das ist ein Verdienst der internationalen Gemeinschaft. Die eine oder andere Bemerkung von deutscher Seite, die völlig Unschuldige wie etwa die Indianer oder die Republik Burkina Faso mit der Hauptstadt Ouagadougou beleidigt hat, war dabei eher kontraproduktiv.

Lassen Sie mich nun zu dem Steuerhinterziehungsbekämpfungsgesetz, das wir heute in zweiter und dritter Lesung verabschieden, kommen.

(Florian Pronold [SPD]: Das ist schön, dass Sie jetzt dazu kommen!)

Richtig ist der Ansatz dieses Gesetzes. Staaten, die sich nicht am Informationsaustausch entsprechend den OECD-Standards beteiligen und den Finanzbehörden in berechtigten Fällen keine Auskunft erteilen, erleichtern es Bürgern, Steuern zu hinterziehen.

(Ortwin Runde [SPD]: So ist es!)

Dieses Verhalten kann die internationale Gemeinschaft nicht hinnehmen. Wir können solche **Steuer-oasen** nicht dulden.

(B)

(Beifall des Abg. Lothar Binding [Heidelberg] [SPD])

Es gibt zwei Wege, um das Verhalten dieser Steuer-oasen zu bekämpfen. Zum einen kann ich in Verhandlungen mit diesen Ländern treten und versuchen,

(Ortwin Runde [SPD]: Sie zu überzeugen!)

sie zur Einhaltung der OECD-Standards zu bringen. Dabei kann ich durchaus auch politischen und wirtschaftlichen Druck anwenden; da sind wir sicherlich einer Meinung, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Der zweite Weg ist: Die Bundesrepublik Deutschland geht im nationalen Alleingang gegen deutsche Steuerpflichtige vor, die in Geschäftsbeziehungen zu diesen Staaten stehen,

(Ortwin Runde [SPD]: Nicht gegen, sondern mit!)

und pönalisiert sie durch erhöhte Auskunftspflichten und das Versagen von Abzugsmöglichkeiten usw.

Diese beiden Möglichkeiten gibt es. Wir als Union bevorzugen ganz klar den ersten Weg.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir streben an, dass zunächst mit der internationalen Gemeinschaft verhandelt wird. Wir möchten, dass überall auf der Welt ein Auskunftsaustausch gemäß den OECD-Standards gewährt wird. Der vorliegende Gesetz-

entwurf geht eher den zweiten Weg. Deshalb haben wir im Gesetzgebungsverfahren durchgesetzt, dass zunächst auf internationaler Ebene verhandelt wird. Wir sind da auf gutem Wege. Sie, Herr Bundesfinanzminister, haben es ja eben gesagt. Im Augenblick zeichnet sich ab, dass alle wesentlichen Staaten dieser Welt den Auskunftsaustausch gemäß den OECD-Standards gewähren wollen.

(Ortwin Runde [SPD]: Das ist ja Pazifismus gegenüber Steuersündern!)

Erst dann, wenn dies in dem einen oder anderen Einzelfall nicht möglich ist, kann die Bundesregierung als *Ultima Ratio* durch eine Rechtsverordnung beschließen, dass das Steuerhinterziehungsbekämpfungsgesetz für diesen Fall zur Anwendung kommt. Das ist unseres Erachtens der richtige Weg. Mit der Verabschiedung des vorliegenden Gesetzentwurfs beschließen wir zugleich auch, dass dieser Weg eingeschlagen wird.

Lassen Sie mich zum Schluss noch einmal allgemein etwas zum Thema Steuerhinterziehung sagen: Wie bei jeglicher Kriminalitätsbekämpfung sind auch bei der Bekämpfung der Steuerhinterziehung sowohl **Repression** – darüber reden wir ja heute – als auch **Prävention** gefordert. Dies gilt für jegliche Form von Kriminalität, ob es nun Drogenkriminalität oder Steuerkriminalität ist. Es ist nun aber so, dass Teile dieses Hauses nur die eine Seite der Medaille betonen. Die FDP redet sehr viel von der Prävention, und Sie, Herr Bundesfinanzminister, haben in Ihrer Rede über Repressionen geredet; Ausführungen zur Prävention habe ich jedoch vermisst. Es gibt eben zwei Wahrheiten bei der Steuerhinterziehung:

(D)

Die eine Wahrheit, Frau Kollegin Scheel, ist natürlich – da teile ich ausdrücklich Ihre Auffassung –, dass jemand wie Herr Zumwinkel nicht wegen der **Komplexität des deutschen Steuerrechts** nach Liechtenstein gegangen ist und dort eine Stiftung gegründet hat. Vielmehr gibt es Zeitgenossen, die Steuern hinterziehen wollen und dabei auch komplexe, teure rechtliche Wege gehen. Dieses Verhalten müssen wir repressiv bekämpfen.

Die andere Wahrheit, Herr Bundesfinanzminister und Frau Scheel, ist aber auch, dass ein einfaches und leistungsgerechtes Steuerrecht natürlich die **Anreize zur Steuerhinterziehung** senkt, während eine überhöhte Belastung Anreize gibt, die zu einem Anstieg von Steuerflucht führen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich glaube, diese Wahrheit, Herr Bundesfinanzminister, darf man auch einmal aussprechen, und man sollte sie auch zur Kenntnis nehmen.

Deshalb werden wir von der Union weiterhin die Steuerehrlichkeit präventiv durch eine Steuergesetzgebung fördern, die einfach und leistungsgerecht ist. Wir haben das teilweise in dieser Legislaturperiode schon getan. So haben wir eine einfache Abgeltungsteuer eingeführt und die Steuerlast auf thesaurierte Gewinne mit der Unternehmensteuerreform reduziert.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: So ist es!)

Manfred Kolbe

- (A) Wir werden diese Anstrengungen fortsetzen. Das am Montag vorgestellte „Regierungsprogramm 2009 – 2013“ von CDU und CSU ist auch im Hinblick auf diesen Punkt richtungsweisend.

Zusammenfassend möchte ich sagen: Wir als Union werden weiterhin für ein einfaches und leistungsgerechtes Steuersystem kämpfen und damit einen ganz wesentlichen Beitrag zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung leisten. Heute bitte ich aber erst einmal um Ihre Zustimmung zum vorliegenden Gesetzentwurf.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD – Ortwin Runde [SPD]: Das ist Ihnen aber schwergefallen!)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auf der Ehrentribüne hat der **finnische Parlamentspräsident, Herr Sauli Niinistö**, mit seiner **Delegation** Platz genommen.

(Beifall)

Im Namen aller Kolleginnen und Kollegen begrüße ich Sie herzlich hier im Deutschen Bundestag. Wir freuen uns über Ihren Besuch und noch mehr darüber, dass wir, wie wir ja gestern auch in unseren Gesprächen austauschen konnten, so enge und auch immer intensivere parlamentarische Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern haben.

- (B) Für Ihren Aufenthalt hier in Deutschland, für die weiteren Gespräche und insbesondere für Ihr weiteres parlamentarisches Wirken begleiten Sie unsere besten Wünsche.

Letzter Redner zu diesem Tagesordnungspunkt ist der Kollege Otto Bernhardt, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU – Thomas Oppermann [SPD]: Jetzt kommt die Wahrheit heraus!)

Otto Bernhardt (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der vorliegende Gesetzentwurf ist sicher auch ein Beitrag zur Bekämpfung der internationalen Finanzkrise. Wir alle hier im Hause sind uns darüber im Klaren, dass es in Zukunft keine unkontrollierten Finanzinstrumente mehr geben darf, keine Finanzprodukte, die nicht kontrolliert werden, und auch keine regulierungsfreien Bereiche. Das ist eine ganz wichtige Aussage, zumal dies nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Steuerhinterziehung wichtig ist. Der Tatbestand, dass drei von vier großen Hedgefonds in **Steueroasen** zu Hause sind, unterstreicht, dass von hier auch eine Gefährdung der Stabilität der internationalen Finanzmärkte ausgeht.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Nun gibt es bei diesem Thema – ich sage dies in aller Deutlichkeit – international ein Stück Doppelmoral. Die Vereinigten Staaten halten sich eine Steueroase im eigenen Land.

(Ortwin Runde [SPD]: Delaware!)

Großbritannien hat mehrere Inseln.

(C)

(Zuruf von der FDP: Wir haben auch Inseln!)

Es muss auch nachdenklich stimmen, dass fast alle großen deutschen Kreditinstitute und fast alle Landesbanken in diesen Ländern vertreten sind. Da in all diesen Gremien auch Vertreter der Politik sitzen, kann ich mir nicht vorstellen, dass wir all das nicht gewusst haben.

Dass Steuerhinterziehung kein Kavaliersdelikt ist, ist, wie gesagt, ein geflügeltes Wort geworden. Es ist auch richtig, dass die Große Koalition in den letzten vier Jahren auf diesem Gebiet einiges erreicht hat; mein Kollege Kolbe hat ausführlich darauf hingewiesen.

Alleine die Ankündigung, dass wir ein solches Gesetz machen, hat dazu geführt, dass die betroffenen Länder, die den viel zitierten OECD-Standard nicht erfüllen, bei uns jetzt Schlange stehen und ein Doppelbesteuerungsabkommen abschließen möchten. Das ist ein gutes Zeichen.

Dennoch ist hier eine gewisse Parallelität zu dem Enteignungsgesetz gegeben: Wir haben es zwar nicht gebraucht, aber ich bin mir nicht sicher, ob es tatsächlich so gelaufen wäre, wenn wir es nicht verabschiedet hätten. Insofern stimme ich in dem Punkt nicht mit der FDP darin überein, dass wir dieses Gesetz nicht brauchten. Es ist nicht auszuschließen, dass wir keine einzige Verordnung brauchen – das wäre gut –, aber wenn wir jetzt auf halber Strecke aufhören würden,

(Frank Schäffler [FDP]: Dann wäre das ein Beitrag zum Bürokratieabbau!)

(D)

wäre es kontraproduktiv. Denn in der Tat haben viele der interessanten Staaten bisher lediglich erklärt, dass sie den OECD-Standard erfüllen möchten. Ich glaube, wenn wir heute dieses Gesetz verabschieden, dann wissen sie, dass wir es ernst meinen.

Ich bin allerdings ein bisschen anderer Meinung als der Minister. Denn er möchte die Verordnungen meiner Ansicht nach zu zügig einführen. Ich habe gelesen, dass sie bereits im Sommer gelten sollen. Ich meine, dass man ein bisschen mehr Zeit benötigt, und insofern würde der Herbst ausreichen. Trotzdem ist dies ein richtiger Schritt in die richtige Richtung, und ich betone das, was mein Kollege Oswald gesagt hat: Unser Ansatzpunkt ist – deshalb haben die Verhandlungen auch so lange gedauert –, dass wir zunächst einmal vom **ehrlichen Steuerbürger** ausgehen. Wir gehen nicht davon aus, dass jeder nur das eine Ziel verfolgt, Steuerbetrüger zu sein. Unser Ansatz ist insofern ein bisschen anders. Wir sind dann zu einem vernünftigen Ergebnis gekommen, wie ich glaube.

Alles spricht dafür, dass meine heutige Rede die letzte vor dem Deutschen Bundestag sein wird. Ich werde zwar noch an einigen Sondersitzungen teilnehmen, aber in diesen geht es voraussichtlich nicht um Finanzen.

(Ortwin Runde [SPD]: Abwarten!)

– Ich habe „voraussichtlich“ gesagt. – Deshalb will ich in der mir eigenen Art vier abschließende Bemerkungen machen.